

Bernadette Ségol
Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschafts-
Bundes

DGB Kongress
14. Mei 2014, Berlin

[Es gilt das gesprochene Wort]

Verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

als allererstes gratuliere ich Euch zur Wahl Reiner Hoffmanns zum Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Beifall kam in Brüssel und anderswo in Europa nicht auf, als Reiner Brüssel verließ. Aber wir haben schnell gemerkt: er hat sich nicht verlaufen und er ist uns nicht abhanden gekommen. Und nun ist er wieder da und wird als Mitglied der Exekutive des EGB mir und dem Sekretariat das Leben schwer machen.

Dir, lieber Reiner, wünsche ich viel Glück und eine gute Hand. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dir und dem DGB.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Vorgänge um die Ukraine und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien sollten uns daran erinnern: dieses Europa ist die Konsequenz aus zwei schrecklichen Weltkriegen, aus blindem Nationalismus und menschenverachtenden Faschismus und Totalitarismus.

Europa ist mehr als die Europäische Union. Frieden und Zusammenarbeit brauchen wir in ganz Europa.

Schickt die Panzer in die Garage.

Verschrottet die Kalaschnikovs.

Setzt Euch an einen Tisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Grenzen in der Union sind keine Demarkationslinien. Sie sind offen. Das ist mittlerweile europäischer Alltag. Daran haben wir uns gewöhnt. Wie an vieles andere auch, das uns Europa gebracht hat.

Doch zunehmend wird die Europäische Union vor allem als ein institutionelles Konstrukt wahrgenommen, das sich immer weiter von den Bürgern entfernt. Europa braucht einen Weckruf, neuen Elan und eine andere Politik.

Was also ist zu tun ?

Demokratie, Arbeit und Solidarität – das gehört zu den Fundamenten Europas.

Die neoliberale Roßkur und der Schlachtruf „Austerität“ – das sind Rezepturen, die den Patienten nicht heilen, sondern noch kränker machen als er schon ist.

Die Lage in den Krisenländern hat sich weiter verschärft.

Die Arbeitslosigkeit steigt:
Die Sozialsysteme werden destabilisiert.

Immer mehr Menschen haben keinen oder nur beschränkten Zugang zur Gesundheitsfürsorge.

Immer mehr Jugendliche werden von der Schulbank direkt auf die Parkbank gesetzt.

Sechs und Zwanzig Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Das sind zehn Millionen mehr als im Jahre 2008.

Wäre Arbeitslosigkeit ein Staat, dann wäre es das das siebtgrößte Mitgliedsland der EU.

Wir machen es uns nicht leicht. Wir sagen nicht: Staatsverschuldung ist eine Tugend.

Wir sagen: Zukunft für Europa braucht Investitionen für mehr Wachstum.

Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung.

In Bildung und Ausbildung, in Hochtechnologie und Ökologie.

Das bringt Arbeit und Stabilität. Das bringt das europäische Sozialmodell zurück auf die Spur.

Der EGB, auch der DGB, haben dazu Vorschläge gemacht.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Das verbessert die öffentliche Kassenlage.

Das ist gut für die soziale Gerechtigkeit.

Das ist schlecht für die Finanzspekulation.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist gut so.

Das, was zehn Regierungen der Euroländer national umzusetzen gedenken – das ist eine Börsenumsatzsteuer. Aber keine Finanztransaktionssteuer. Da muss noch nachgebessert werden.

Es ist keine Gewerkschaftsdemagogie, wenn wir feststellen: die Kosten der Krise werden denen auf die Schulter gelegt, die sie nicht verursacht haben.

Wenn Du arbeitslos bist, dann hast Du schlechte Karten. Wenn Du eine schlechte Bank bist, dann hast Du gute Karten. Dann wirst du gerettet.

Das System, das sich seltsamerweise Finanzindustrie nennt, verdient bis heute noch an der Krise. Wir brauchen einen industriepolitischen Schub in Europa – aber nicht noch einen für die sogenannte Finanzindustrie.

Der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 25. April - in seiner letzten Sitzung vor den Wahlen einen Bericht zu Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steueroasen vorgelegt. Dieser Bericht bietet eine gute Grundlage für eine Neuausrichtung der europäischen Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Am 25. Mai stehen die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament an.

Der Anspruch Europas, demokratisch zu sein, muß sich messen lassen an den Kompetenzen, die dem Parlament zugebilligt werden.

Dazu gehört auch: wer der nächste Kommissionspräsident wird, das müssen die Bürger in den Wahlen entscheiden.

Und nicht die Chefs hinter verschlossenen Türen.

Manches hat sich schon getan. Das Parlament ist selbstbewusster geworden.

Doch nach oben ist noch reichlich Luft.

Wir wollen ein Europa der Bürger.

Das ist mehr – viel mehr als ein Europa der Regierungen.

Wir wollen eine europäische Zivilgesellschaft.

Dazu gehört nicht zuletzt eine starke und integrierte europäische Gewerkschaftsbewegung.

Dies alles kann man nicht dekretieren. Dazu braucht es Zeit.

Aber: passen wir auf, daß uns die Zeit nicht davonläuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa muss heraus aus der Dunkelkammer, in der allzu oft von den Regierungschefs und Fachministern Entscheidungen getroffen werden.

Das geht nur über eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments.

Auch die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen verlangen nach Öffentlichkeit und parlamentarischer Kontrolle.

Nicht verhandelbar sind unter anderem europäische Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte oder etwa das Recht auf geistiges Eigentum.

Der EGB wird diesen Prozess koordinierend begleiten.

Und, diese Anmerkung sei mir als Französin gestattet: wo Camembert draufsteht – da muss auch Camembert drin sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jüngste Wahlergebnisse und Tendenzen in einigen Mitgliedsländern sind alarmierend.

Immer mehr Bürger laufen retrograden Ideologen zu.

Diese Ideologen wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und Europa in seine nationalen Einzelteile zerlegen.

Mit perfider Ausländerfeindlichkeit bis hin zum Rassismus wird Stimmung gemacht.

Der Front National in Frankreich verlangt den Austritt aus dem Euro.

Die United Kingdom Party in Großbritannien will den Austritt aus der EU.

Andere vom rechten Rand wollen die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ausser Kraft setzen.

Und – das ist keine Überraschung – das Geschäftsmodell von Herrn Berlusconi besteht im „Deutschlandmobbing“.

Sein jüngster Ausrutscher, in dem er den Deutschen unterstellt, sie leugneten die Konzentrationslager, ist skandalös.

Das sagt einer, auf dessen Liste zu den Europawahlen eine gewisse Alessandra Mussolini kandidiert, die viel von ihrem Großvater hat.

Und die gesagt hat: „Lieber Faschist als schwul“.

Ich frage mich die Europäische Volkspartei: wie lange wollt ihr noch in Euren Reihen erdulden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Nach meinem Grusswort wird ein Round Table zum Thema Eurobetriebsräte stattfinden.

Das ist eine Bereicherung Eures Kongresses und ein deutliches Signal.

Wir haben derzeit in der Union etwa 1000 Gremien mit 20 000 Betriebsräten.

Arbeitnehmerrechte auf Information und Konsultation sind von grosser Bedeutung.

Sie sind ein Beitrag zur Wirtschaftsdemokratie.

Das ist direkter und praktizierter Sozialdialog.

Das ist der harte Kern des gewerkschaftlichen Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der EGB Kongress im Jahre 2011 in Athen hat uns den Auftrag erteilt, dem Thema „Europäisierung der Mitbestimmung“ besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen, war lange Zeit in der europäischen Gewerkschaftsbewegung umstritten.

Sie wurde von ihren Kritikern als Kollaborationsmodell mißverstanden.

Als Verstoss gegen die „reine Lehre“.

Das hat sich im Laufe der Zeit grundlegend geändert.

Klar ist: es geht nicht um die schematische Übertragung eines Modells auf ganz Europa.

Was aber auch nicht geht ist, ein sozialgeschichtlich bewährtes Modell wie das der deutschen Mitbestimmung auf dem Umweg über Europa zu demontieren.

Eine von uns eingerichtete Reflektionsgruppe hat Ende April ein Diskussionspapier vorgelegt, das unter anderem folgendes zur Debatte stellt:

- Mitbestimmung in allen Europäischen Aktiengesellschaften ab 50 Beschäftigten
- ab 250 Beschäftigte Einführung der Drittelparität
- ab 1000 Beschäftigte paritätische Besetzung der Aufsichtsräte.

Die Messe ist allerdings noch nicht gelesen.

Dieser Vorschlag braucht eine weitere ausführliche Beratung im dafür zuständigen Ausschuss.

Danach wird sich die Exekutive mit ihm abschliessend befassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Übernahme der Regierung durch die grosse Koalition hat sich bei Euch einiges in die richtige Richtung bewegt.

Die bevorstehende Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns,
die abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren

– das sind Erfolge auch für den DGB und seine Gewerkschaften.

Wichtig ist das nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa.

Wir haben nun die Hoffnung , daß sich auch die Position der Bundesregierung bei der Gestaltung der europäischen Anti-Krisenpolitik entkrampft.

Eine Politik, die sich in Spardiktaten erschöpft, fährt Europa gegen die Wand.

Was wir brauchen, ist eine offensive Beschäftigungspolitik.

Was wir nicht brauchen, das ist eine weitere Abrüstung des Sozialstaates.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zusammenhalt und Solidarität – das sind gewerkschaftliche Grundtugenden.

Die europäischen Gewerkschaften brauchen eine starke Stimme.

Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit.

Dazu brauchen wir einen starken und engagierten DGB.

dass Ihr mein französisch eingefärbtes Deutsch klaglos ertragen habt – dafür danke ich und das zeigt, daß ihr gute Europäer seid.

Glückauf !